

Ressort: Politik

Regierungsberater fordern CO2-Steuer

Berlin, 30.11.2018, 12:01 Uhr

GDN - Wenige Tage vor Beginn der Internationalen Uno-Klimakonferenz in Kattowitz empfehlen der Chef der Wirtschaftsweisen, Christoph Schmidt, und der Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, Ottmar Edenhofer, die Einführung einer CO2-Steuer. In einem gemeinsamen Papier fordern sie die Bundesregierung auf, eine Initiative für einen schrittweise steigenden CO2-Mindestpreis im europäischen Stromhandel zu starten und zugleich die Steuern auf fossile Energieträger wie Benzin, Diesel oder Heizöl anzuheben, berichtet der "Spiegel".

Im Gegenzug soll die Stromsteuer "auf ein Minimum" gesenkt werden. Mit dem Plan sollen die Ziele des Pariser Abkommens zum Kampf gegen die Erderwärmung "mit dem kosteneffektivsten Instrument zum Klimaschutz" erreicht werden, heißt es in ihrem dreiseitigen Papier mit dem Titel "Eckpunkte einer CO2-Preisreform", über das der "Spiegel" berichtet. Im Einzelnen sehe der Plan der beiden Professoren vor, den CO2-Preis im Jahr 2020 bei 20 Euro je Tonne festzuschreiben. Danach soll er stufenweise auf 35 Euro im Jahr 2030 steigen. Die Steuer auf Benzin soll im Jahr 2020 um 4,7 Cent je Liter und die Steuer auf Diesel um 5,3 Cent je Liter steigen. Zugleich würde durch die Senkung der Stromsteuer ein Drei-Personen-Haushalt um mehr als 90 Euro pro Jahr entlastet, zeigten Berechnungen des RWI-Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung, das Schmidt leitet, berichtet das Nachrichtenmagazin weiter. "Wir setzen auf die Erfindungsgabe des Einzelnen statt auf planwirtschaftliche Vorgaben", sagte Schmidt dem "Spiegel". Es müsse künftig deutlich teurer werden, Treibhausgase auszustoßen. Gleichzeitig müssten die Bürger aber an anderer Stelle entlastet werden, so Schmidt. Edenhofer forderte die Bundesregierung auf, den geplanten Ausstieg aus der Braunkohle durch einen CO2-Mindestpreis zu ergänzen. "Sonst würde es sich rechnen, bislang nicht ausgelastete Steinkohlekraftwerke hochzufahren", sagte Edenhofer. Mittelfristig werde der Kohleausstieg nur mit einem Mindestpreis funktionieren. Beide Professoren sehen gute Chancen, ein solches Konzept in einem Verbund europäischer Staaten durchzusetzen. "Es gibt derzeit viele Länder, die für einen CO2-Mindestpreis eintreten", so Edenhofer. Sein Kollege Schmidt verwies in diesem Zusammenhang auf eine entsprechende Initiative des französischen Präsidenten Emmanuel Macron: "Klimaschutz ist das richtige Thema für die deutsch-französische Zusammenarbeit."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-116193/regierungsberater-fordern-co2-steuer.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619